



An
Frau Lisa Paus
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Laatzen, den 22. November 2024

**Nichtberücksichtigung der Interessensbekundung
niedersächsischer Kommunen für das
Bundesprogramm "Demokratie leben!"
im Programmbereich Partnerschaft für Demokratie**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Frau Paus,

die Bürgermeister der Städte Laatzen, Bramsche, Vechta, Osterholz-Scharmbeck und der Samtgemeinde Bersenbrück sowie die Landräte der Landkreise Grafschaft Bentheim und Göttingen haben mit großer Überraschung und Unverständnis zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Förderung ihrer Partnerschaften für Demokratie zwei Monate vor Ende des Jahres abrupt und ohne Begründung abgelehnt wurde.

In Zeiten, in denen autoritär-populistische Kräfte mit zunehmendem Erfolg versuchen, demokratische Werte und Strukturen zu untergraben, trifft die Entscheidung des Bundesministeriums auf unser Unverständnis. Demokratische Strukturen, insbesondere in der Zivilgesellschaft, und die Verteidigung demokratischer Grundsätze und Werte benötigen eine verlässliche und nachhaltige Absicherung und Unterstützung, die (nicht allein) auf lokaler Ebene organisiert und bereitgestellt werden kann.

Mit der Einstellung des Programms brechen neben der finanziellen Unterstützung von inhaltlich höchst vielfältigen, geographisch dezentral und zielgruppenorientiert durchgeführten Demokratieprojekten zahlreiche Vernetzungsstrukturen weg. Diese sind über Zeiträume bis hin zu 15 Jahren auf- und ausgebaut worden, haben sich etabliert und vor Ort einen Namen gemacht. Jetzt stehen sie durch die Streichung der Bundesmittel vor dem „Aus“.

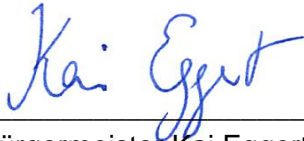
In langfristiger Beziehungsarbeit gewachsenes Vertrauen von Zivilgesellschaft, Schulen, Kindern, Jugendlichen, Bürgerinnen, Bürgern und Öffentlichkeit in ein sorgsam errichtetes Fundament zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht verloren.

Damit wird aus unserer Sicht nicht nur ein falsches politisches Signal gesendet, sondern es werden mühsam entwickelte und immer wirksamer gewordene gesellschaftspolitische Instrumente abgeschafft, die sich anderenorts nicht kurzfristig aufbauen lassen.

Auch befinden wir uns gegenüber all den Verantwortlichen und Engagierten, die sich vor Ort für die Stärkung demokratischer Werte und für die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung über viele Jahre hinweg einsetzen, in Erklärungsnot.

Daher bitten wir Sie eindringlich darum, die Entscheidung Ihres Ministeriums zu überdenken und mit kontinuierlicher finanzieller Unterstützung die erfolgreiche und notwendige Arbeit unserer Partnerschaften für Demokratie auch in Zukunft zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister Kai Eggert
Stadt Laatzen



Bürgermeister Heiner Pahlmann
Stadt Bramsche



Bürgermeister Kristian Kater
Stadt Vechta



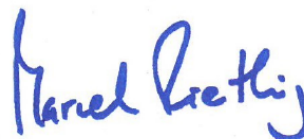
Erster Stadtrat Torsten Haß
Stadt Osterholz-Scharmbeck



Samtgemeindebürgermeister
Michael Wernke
Samtgemeinde Bersenbrück



Landrat Uwe Fietzek
Landkreis Graftschaft Bentheim



Landrat Marcel Riethig
Landkreis Göttingen